Der Landrat

# Beratungsergebnis

der 20. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 27.02.2023

**Tagesordnungspunkt:**

**Öffentliche Sitzung**

**9. Verabschiedung des Haushaltes und der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 mit Stellenplan**

**9.3 Erstellung eines Handlungskonzeptes Wohnen
Einrichtung einer Stelle für die Wohnungsbauförderung
- Antrag der SPD-Fraktion vom 25.01.2023 - DS-Nr.: 5898 -**

Die SPD-Fraktion äußerte, dass der Kreis für die Wohnungsbauförderung zuständig sei. Ihr sei es ein Anliegen, dass man auch als Kreis die Aufgabe sehe, für mehr Wohnungen zu sorgen. Wie andere Kreise solle man ein Handlungskonzept Wohnen erstellen lassen, um festzustellen, in welchen Kommunen welche Art von Wohnungen fehlten. In den nächsten Jahren werde es im Kreis einen enormen Verlust an Sozialwohnungen geben. Es sei wichtig, die vom Bund und Land erhaltenen finanziellen Mittel so einzusetzen, dass es zukünftig entsprechend dem Bedarf Wohnungen und Häuser gebe.

Der Landrat berichtete, dass die Bürgermeister in der Bürgermeisterkonferenz geäußert hätten, dass es sich um ein wichtiges Thema handele, welches man aber selbst vor Ort regele.

Die CDU-Fraktion meinte, dass die Kommunen am besten die Lage vor Ort kennen würden und steuern könnten; letztlich fehlten alle Arten von Wohnungen. Des Weiteren teilte sie mit, dass der Bund und das Land Fördermittel in Form von nicht zurückzuzahlenden Zins- oder Tilgungszuschüssen bereitstellten. Es bestünden immer mehr Auflagen und die Baupreise sowie die Zinsen seien gestiegen; ohne Förderungen würde derzeit kein neuer Wohnraum geschaffen.

Die FDP-Fraktion trug vor, dass bereits in der letzten Sitzung des Kreisausschusses deutlich geworden sei, dass sich die Kommunen schon aktiv mit der Thematik auseinandersetzten und der Kreis nicht über die Bürgermeister hinweg tätig werden könne. Eine gewisse Grundskepsis bestehe auch, wenn Fraktionen Stellen beantragten, die nicht von der Verwaltung gefordert würden. Des Weiteren sehe sie es kritisch, dass wieder einmal ein Konzept erstellt werden solle. Sie werde den Antrag daher ablehnen.

Die GRÜNE-Fraktion führte aus, dass sowohl der Kreis als auch die Kommunen sich um eine Ausweitung des Angebots kostengünstigen Wohnraums kümmern müssten. Ein Handlungskonzept Wohnen bringe nicht weiter, da viele Kommunen hierüber bereits verfügten. Zudem wies sie u. a. auf die neue Baulandmobilisierungs-Verordnung des Landes hin, nach der Kommunen mit einem ganz besonderen Bedarf bestimmte Instrumente zur Verfügung gestellt bekämen, um Bauland zu generieren. Zu diesen gehörten die Städte Gütersloh, Harsewinkel, Rheda-Wiedenbrück und Verl. Auch hier werde nochmals deutlich, dass die Kommunen aktiv werden müssten. Gleichwohl müsse sich der Kreis weiter um die Wohnraum-

förderung kümmern. Dem beantragten Konzept sowie der zusätzlichen Stelle werde sie dementsprechend nicht zustimmen.

Die FWG-UWG-Fraktion meinte, dass sich das Problem mit den neuen Regelungen zur Förderung von Sozialwohnungen entschärfen werde. Für Bauträger, die Sozialwohnungen bauten, werde der Zinssatz bei 0,5 % liegen, wohingegen der Zinssatz im freien Wohnungsbau rd. 4 % betrage. Die Baufirmen bauten dort, wo eine gewisse Rendite erwartet werden könne.

Die AfD-Fraktion nannte als Ursachen für die schwierige Lage die immer höheren Standards, die gestiegenen Baupreise sowie die allgemeinen Preiserhöhungen; für viele sei Bauen nicht mehr finanzierbar. Es bedürfe einer Umkehr in der Bundes- und Landespolitik; so müsse Bauen generell wieder günstiger werden.

Mitglied Küppers (CDU-Fraktion) regte an, dass die KHW Kommunale Haus und Wohnen GmbH in einer der nächsten Ausschusssitzungen einmal zur aktuellen Situation des sozialen Wohnungsbaus berichte. Am Beispiel von Rheda-Wiedenbrück machte sie deutlich, dass die Kommunen Steuerungsmöglichkeiten hätten und diese auch nutzten.

Die Verwaltung teilte mit, dass man selbstverständlich die Städte und Gemeinden bei den Planungen unterstütze. Sie stimme sich derzeit mit den Kommunen ab, wie man für diese die Zensusdaten besser zugänglich machen könne. Es werde überlegt, eine Statistikstelle beim Kreis einzurichten, welche dann für spezielle Abfragen zur Verfügung stehe.

Die SPD-Fraktion trug vor, dass es im Jahr 2020 rd. 5.500 Sozialwohnungen im Kreis gegeben habe und, sofern man nicht handele, die Anzahl bis 2030 auf 3.500 heruntergehen werde. Man müsse alle Möglichkeiten, die man durch die neuen Wohnungsbauförderrichtlinien erhalte, nutzen. Ihres Erachtens müsse der Kreis aktiver werden.

Sodann ließ der Landrat über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Ergebnis: Abgelehnt (3 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen)